

Anlage A

Beurteilende Dienststelle:

..... VIVA-Nr.: Beurteilungsjahr

Dienstliche Beurteilung von Verwaltungsbeamten und -beamtinnen . Ausfertigung

☐ Periodische Beurteilung

☐ Zwischenbeurteilung

☐ Beurteilungsbeitrag

☐ Anlassbeurteilung

☐ Fiktive Laufbahnnachzeichnung

für
(Amtsbezeichnung, Besoldungsgruppe) (Vor- und Zuname)

geb. am:

(bei Beamtinnen und Beamten im Eingangsamt: Ablauf der Probezeit am)

Schwerbehinderung oder Gleichstellung ☐ nein ☐ ja, Grad der Behinderung:

Beurteilungszeitraum vom bis

1. Tätigkeitsgebiet und Aufgaben im Beurteilungszeitraum

Dauer von ... bis ... (teilzeitbeschäftigt von ... bis ... (Arbeitsanteil)	Dienststelle	Art der Tätigkeit Beschreibung des Aufgabengebiets

2. Beurteilungsmerkmale

2.1 Fachliche Leistung

	Bewertung
- Quantität	
- Qualität	
- Verhalten nach außen (Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern, nachgeordneten Behörden, anderen Dienststellen und Institutionen; dienstleistungsorientiertes Verhalten)	
- lösungsorientierte Vorgehensweise	
- Zusammenarbeit mit Kollegen und Vorgesetzten	
- Führungserfolg (nur bei Führungskräften)	

2.2 Eignung

	Bewertung
- Auffassungsgabe	
- Einsatzbereitschaft	
- geistige Beweglichkeit	
- pragmatische Arbeitsweise	
- Ausschöpfung bestehender Beurteilungs- und Ermessensspielräume	
- Entscheidungsfreude	
- Führungspotential	

2.3 Befähigung

	Bewertung
- Fachkenntnisse	
- mündliche Ausdrucksfähigkeit	
- schriftliche Ausdrucksfähigkeit	
- zielorientiertes Verhandlungsgeschick	

3. Ergänzende Bemerkungen, soweit erforderlich

--

4. Gesamturteil

Punktwert

5. Eignungsmerkmale (verbale Beschreibung)

5.1 (ggf.) Führungseignung

5.2 Eignung für folgende Dienstposten (evtl. Einschränkungen)

5.3 Eignung für ein Amt der BesGr.

5.4 Eignung für die Ausbildungsqualifizierung

☐ wird zuerkannt.

5.5 Eignung für die modulare Qualifizierung

☐ wird zuerkannt.

6. Die Mindestanforderungen im Sinn des Art. 30 Abs. 3 Satz 1 BayBesG werden erfüllt.¹⁾

☐ ja ☐ nein²⁾

¹⁾ Sind bei Zwischen- und Anlassbeurteilungen nicht auszufüllen.

²⁾ Falls die Beamtin bzw. der Beamte die an das Amt gestellten Mindestanforderungen nicht erfüllt, ist dies in einer gesonderten Mitteilung schriftlich zu begründen. In der Mitteilung ist auch der Zeitpunkt anzugeben, ab dem der Stufenstopp wirkt (vgl. dazu Abschnitt 5 der VV-Beamtr bzw. Nr. 30.3 der BayVwVBes zu Art. 30).

..... **Dienstvorgesetzte(r)**
(Dienststelle) (Amtsbezeichnung) (Vor- und Zuname)

....., den
(Ort) (Datum) (Unterschrift der/des Dienstvorgesetzten)

Stellungnahme der/des unmittelbaren Vorgesetzten:

.....
(Amtsbezeichnung) (Vor- und Zuname)

☐ ohne Einwendungen

☐ Einwendungen, Begründung (ggf. auf gesondertem Blatt)

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

....., den
(Ort) (Datum) (Unterschrift der/des unmittelbaren Vorgesetzten)

Gemäß Art. 61 Abs. 1 Satz 1 LlbG eröffnet erhalten:

....., den
(Ort) (Datum) (Unterschrift der/des beurteilten Beamtin/Beamten)

Einverstanden / geändert (Art. 60 Abs. 2 LlbG):

....., den
(Ort) (Datum) (Dienststelle und Unterschrift)

Gemäß Art. 61 Abs. 1 Satz 5 LlbG nochmals eröffnet erhalten:

....., den
(Ort) (Datum) (Unterschrift der/des beurteilten Beamtin/Beamten)